



Bericht aus dem Ständerat



Wintersession 2016



Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

Liebe Leserin, lieber Leser

Am 9. Februar 2014 hat das Volk die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) angenommen. Neu soll die Einwanderung politisch (durch Kontingente) gesteuert werden und nicht mehr über die Wirtschaft (über Arbeitsverträge und flankierende Massnahmen). Zudem setzt die Initiative eine Frist von drei Jahren für die Umsetzung, andernfalls muss der Bundesrat eine Verordnung erlassen.

Das Parlament wollte unter den folgenden Voraussetzungen eine Lösung finden:

1. Das Parlament wollte keine Verordnung des Bundesrats. Dieser hatte nach der Volksabstimmung ohne Not die Forschungszusammenarbeit gefährdet und die Drittstaatenkontingente gekürzt. Es ist unklar, was mit einer Verordnung passiert wäre, aber das Parlament wollte keine Überraschungen mehr.
2. Das Parlament wollte keine internationalen Verträge verletzen. Internationales Recht ist der einzige Schutz für Kleinstaaten. Selbstverständlich hätten wir etwas beschliessen können, das die Personenfreizügigkeit verletzt, ohne dass die EU sofort die Bilateralen gekündigt hätte. Aber sicher hätten sich dann einzelne EU-Länder ihrerseits nicht mehr ans Recht gehalten. Das Resultat wäre eine grosse Rechtsunsicherheit gewesen.
3. Das Parlament wollte die MEI-Umsetzung unbedingt entkoppelt von der institutionellen Frage diskutieren. Es nützt uns nichts, wenn die EU uns bei der Personenfreizügigkeit entgegenkommt,

Kontakt:

Daniel Jositsch: www.jositsch.ch, daniel.jositsch@parl.ch, www.facebook.com/danieljositsch, Twitter: @danieljositsch
Ruedi Noser: www.ruedinoser.ch, ruedi@noser.com, www.facebook.com/Ruedi.Noser, Twitter: @RuediNoser

aber wir im Gegenzug ein institutionelles Abkommen akzeptieren müssen. Ein institutionelles Abkommen brächte nicht nur die Thematik der «fremden Richter» mit sich, sondern auch die Schwierigkeit, zu definieren, welche Gesetze von einem institutionellen Abkommen betroffen sind.

Aufgrund dieser drei Voraussetzungen war eine vollständige Umsetzung des Verfassungsartikels in der gesetzten Zeit nicht möglich. Sie hätte die Voraussetzungen verletzt und der Schweiz einen grossen Kollateralschaden eingebracht. Wer solche Kollateralschäden in Kauf nimmt, arbeitet nicht für das Wohl des Landes, sondern höchstens für seine eigene Macht.

Das nun angenommene Modell basiert auf einem Inländervorrang. Das führt dort, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, zu weniger Einwanderung. Die Dreijahresfrist wird eingehalten. Diese Gesetzgebung ist somit im Interesse der Wirtschaft. Nicht umgesetzt werden Höchstzahlen und Kontingente. Was im Verfassungsartikel aufgezählt wird, ist also zu zwei Dritteln umgesetzt, zu einem Drittel nicht. Damit haben wir umgesetzt, was im gesetzten Zeitrahmen möglich war, und erst noch die Forschungszusammenarbeit gerettet.

Die Diskussion geht weiter. Die RASA-Initiative liegt auf dem Tisch. Das Volk wird noch einmal abstimmen können. Das Geschäft bleibt also auf der Agenda des Rates. Kommt Zeit, kommt Rat.

Wir bedanken uns für das Interesse an unseren Berichten und wünschen allen Leserinnen und Lesern schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.



Ein Blick hinter die Kulissen des Stöckli

Nun ist es passiert, das Unvermeidliche: Der Ständerat, die letzte Bastion der undigitalisierten Welt, ist gefallen. Seit dieser Session sind im Ständeratssaal elektronische Datenkommunikationsgeräte zugelassen. Das war bisher verpönt; Computer & Co. hatten vor der Tür der Ratssaal zu bleiben, im Saal selbst kämpften die Ständerätinnen und -räte wie vor Jahrzehnten mit den so genannten «Fahnen», den Gesetzesvorlagen, auf denen die verschiedenen Mehr- und Minderheitsanträge abgebildet sind. Wie ist es zu dieser für den Ständerat revolutionären Neuerung gekommen? War die Wahl eines ICT-Unternehmers in den Ständerat die Ursache dafür? Ausschlaggebend war wohl der Umstand, dass das Präsidium des Parlaments nach Sparmöglichkeiten suchte. Damit erliess es einen Katalog verschiedener Vorschriften, etwa dass möglichst nur noch eintägige Sitzungen durchzuführen seien oder eben, dass möglichst wenig Papier auszudrucken sei. Darauf machten verschiedene Ständeräte darauf aufmerksam, dass bei gleichzeitigem Verbot, technische Hilfsmittel zu benutzen, die Mitglieder der Ständerats faktisch genötigt würden, die Vorlagen auswendig zu lernen, was nun doch etwas weit ginge. Daraufhin wurde die neue Regel eingeführt. Es dürfte wohl auch eine Rolle gespielt haben, dass sich in jüngerer Vergangenheit die Tendenz eingeschlichen hatte, die strenge Regel etwas aufzuweichen; verschiedene Parlamentsmitglieder hatten jeweils heimlich unter dem Tisch SMS geschrieben und Mails abgefragt. Damit ist nun Schluss, Natel und Tablet haben offiziell Zutritt zum Ratssaal. Draussen bleiben müssen aber weiterhin Computer und Geräte mit Tastatur, da bloss die «passive Benützung» elektronischer Geräte erlaubt ist. Die Zeit, bis auch diese unsinnige Einschränkung fällt, dürfte trotz der Beharrlichkeit des Ständerats, an Althergebrachtem festzuhalten, eher kurz sein. Die Auswirkungen dieser ständerätlichen Massnahme zeigten übrigens auch negative Auswirkungen. So war in der NZZ vom 10. Dezember prompt zu lesen: «Der langsame Tod des Bundesordners. Der Berner Industriegruppe Biella brechen im Kerngeschäft die Umsätze weg.»

Daniel Jositsch

Prävention ist besser als Strafe

von Daniel Jositsch



In den vergangenen Jahren hat das Parlament zahlreiche Vorstösse behandelt, die das Ziel verfolgten, pädosexuelle Straftäter härter zu bestrafen. Aufgrund der Abscheu, die Übergriffe sexueller Natur auf Kinder wecken, fanden solche Anliegen im Parlament, aber auch bei der Bevölkerung breite Unterstützung. So wurden sogar Volksinitiativen, die sich dieser Problematik widmeten, regelmässig angenommen. Alle diese Ansinnen blieben aber zu einem grossen Teil wirkungslos. Das hat verschiedene Gründe: In erster Linie kommt das Strafrecht grundsätzlich immer zu spät, denn bestraft werden kann immer erst nach der Tat, also dann, wenn der Missbrauch schon stattgefunden hat. Freilich entfaltet Strafrecht auch präventive Wirkung, indem potentielle Täter wegen der drohenden Bestrafung von der Tatbegehung abgehalten werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass das Strafrecht generell nur beschränkt präventive Wirkung besitzt und dass im Bereich der Sexualstraftaten die Abschreckungswirkung von Strafen besonders gering ist.

Es ist daher zweckmässig, dass wir uns über alternative Strategien zu den klassischen strafrechtlichen Instrumenten Gedanken machen. Ich habe daher mit Nationalrätin Natalie Rickli, die in diesem Themenbereich besonders aktiv ist, nach erfolgversprechenden Möglichkeiten gesucht, um pädosexuelle Übergriffe zu verhindern. Wir sind dabei auf Präventionsprogramme gestossen, die in Deutschland und in der welschen Schweiz angeboten werden und die sich an potentielle Täter richten. Es geht dabei darum, dass Menschen mit pädosexuellen Neigungen sich an Therapeuten wenden können, bevor es zur Tat kommt. Die potenziellen Täter sollen dabei so weit gebracht werden, dass sie mit ihrer Neigung straffrei leben können, denn leider ist es so, dass die Neigung selbst grundsätzlich nicht geändert werden kann. Diese Projekte sind selbstverständlich keine Allheilmittel und sie greifen grundsätzlich nur dann, wenn ein potentieller Täter, um nicht mit dem Strafrecht in Konflikt zu kommen, von sich aus aktiv wird. Aber immerhin scheinen sie recht erfolgversprechend zu sein. Natalie Rickli und ich haben entsprechend im National- und im Ständerat Postulate eingereicht, die den Bundesrat auffordern abzuklären, wie erfolgversprechend die Projekte sind und ob es zweckmässig wäre, diese in der ganzen Schweiz anzubieten. Nachdem der Bundesrat sich dazu bereit erklärt hat, die Aufgabe anzunehmen, hat auch der Ständerat oppositionslos zugestimmt. Es ist nun zu hoffen, dass damit etwas Konkretes bei der Bekämpfung von pädosexuellen Straftaten erreicht werden kann.

Schutz von Korallenfischen

Als ich einen Vorstoss für verstärkte Importkontrolle zum Schutz von Zierfischen eingereicht habe, hat das belustigte bis hämische Reaktionen ausgelöst: «Jetzt kümmert sich der Jositsch schon um Fische; gibt es denn kein grösseres Problem!?» Solche und ähnliche Äusserungen waren zu hören, allerdings vor allem von Leuten, die den Vorstoss nicht gelesen haben. Es geht dabei nämlich um ein tiefgreifendes ökologisches Problem, den Schutz der Korallenriffe und damit von einem der wichtigsten Ökosysteme. Korallenriffe werden als «Biodiversitätshotspots» und deshalb auch als die «Regenwälder der Meere» bezeichnet. Sie sind Lebensraum für 4'000 Fischarten. Korallenriffe sind heute sehr stark bedroht; fast ein Drittel wurde bereits zerstört. Neben der Klimaerwärmung, der Übersäuerung der Meere und deren Verschmutzung ist der Handel mit Meerestieren ein grosses Problem. Meeresaquarien sind sehr beliebt; gemäss einer Studie sollen pro Jahr 24 Millionen Korallenfische verkauft werden. Das bringt einzelne Fischarten an den Rand der Ausrottung. Ausserdem werden viele Zierfische trotz eines Verbots weiterhin mit Cyanid betäubt, damit sie besser von den Korallenstöcken abgelesen werden können. Unkontrolliert Tiere aus den gefährdeten Ökosystemen zu entnehmen, schwächt den bereits bedrohten Lebensraum Korallenriff zusätzlich.

Bis heute wird die Aquarienindustrie jedoch kaum kontrolliert, da im Gegensatz zu anderen Tieren für marine Zierfische keine Einfuhrbewilligung benötigt wird. Ausserdem werden die Gesundheitsbescheinigungen nur stichprobenweise überprüft. Es ist daher zum Schutz der Tiere und der Korallenriffe als deren Lebensräume dringend notwendig, den Handel und Import mit Zierfischen besser zu kontrollieren. Mit dem Vorstoss wurde der Bundesrat aufgefordert, zu prüfen und Bericht zu

erstaten, ob der Import von marinen Zierfischen detaillierter erfasst werden sollte und ob gleichzeitig bei der Europäischen Union eine entsprechende Ergänzung der Traces-Datenbank (Trade Control and Expert System) eingefordert werden sollte. Der Bundesrat selbst erkannte dieses Problem und unterstützte den Vorstoss ebenso wie der Ständerat. Es ist zu hoffen, dass damit etwas zum Schutz der Korallenfische und ihrer natürlichen Umwelt erreicht werden kann.

Und um auch diese Frage zu beantworten: Ja und trotz meines Engagements in dieser Sache, auch ich esse Fisch, und das sogar gerne!

Drei Wünsche fürs neue Jahr

von Ruedi Noser



Das erste Jahr im Ständerat ist vorbei, Weihnachten steht vor der Tür. Ich nehme das zum Anlass, innezuhalten – ich hoffe, Sie können das auch. In der Politik rennen wir rastlos von Kommissionssitzung zu Kommissionssitzung, von Abstimmung zu Abstimmung und von Podium zu Interview. Vielen scheint dabei der Kompass abhanden zu kommen. An dieser Stelle behandle ich deshalb für einmal nicht die Geschäfte der letzten drei Wochen, sondern ein Thema für die nächsten 30 Jahre.

Mir scheint, es wurde in der Schweiz noch nie so subjektiv und unfair über eine US-Präsidentschaftswahl berichtet wie dieses Jahr. Vermutlich liegt das daran, dass die Journalisten immer stärker realisieren, wie ohnmächtig sie und ihre Medien gegenüber den neuen digitalen Medien sind. Dank diesen kann sich jeder direkt an die Bürgerinnen und Bürger wenden. Der Sessionsbericht, den Sie vor sich haben, ist auch ein solches digitales Medium. Damit erreichen Kollege Jositsch und ich gratis eine ähnliche Personenzahl wie eine kleinere Regionalzeitung.

Dank den digitalen Medien wird es in Zukunft in allen Ländern direktdemokratische Medien geben. Diese Medien werden teils seriös, teils unseriös sein, manchmal anständig, manchmal unanständig genutzt werden, Gutes anrichten, aber auch Schlechtes. Es ist unsere – Ihre und meine – Verantwortung, damit richtig umzugehen. Und wir werden das lernen, miteinander.

1. Fortschritt begrüßen und beherrschen

Bei den Medien ist die Digitalisierung am weitesten fortgeschritten, sie hält aber auch in allen anderen Bereichen Einzug: ins Taxigewerbe mit Uber, in den Tourismus mit booking.com oder Airbnb, in unsere Autos mit immer mehr Technik und bei der Bahn mit neuen Tarifsystemen, die nur dank der Digitalisierung möglich sind. Ich wünsche mir für das Jahr 2017, dass wir diesen Fortschritt begrüßen und beherrschen. Wer sich gegen technologische Neuerungen wehrt, wird von ihnen weggespült. Wir müssen die Technologiewelle surfen, sprich beherrschen, und die Kräfte, die von ihr ausgehen, für unsere Zwecke nutzen. Und wir können das auch selbstbewusst tun! Wir haben das beste Bildungssystem, mit den ETH Zürich und Lausanne die beiden besten Universitäten Kontinentaleuropas. Und wir haben das Geld, um in diese Technologien zu investieren. In dieser Session hat der Ständerat als Erstrat die modernste Finanzplatzregulierung für die digitale Welt beschlossen.

2. Weltspitze in der digitalen Transformation

Wir haben dieses Jahr ja gesagt zum vierten Gotthard-Tunnel und dies, bevor der dritte eröffnet war, geschweige denn ausgelastet oder sein Betrieb finanziert. Alleine die beiden letzten Tunnel kosten uns mehr als 30 Milliarden Franken. Ist es nicht möglich, weniger als 10 Prozent davon in die Forschung für die Digitalisierung zu investieren? Damit bin ich beim zweiten Wunsch für das Jahr 2017. Ich wünsche mir, dass wir uns zum Ziel setzen, bei der digitalen Transformation die Schweizer Forschung zur weltweit führenden zu machen, und dass wir die Massnahmen ergreifen, die dazu nötig

sind. Dafür brauchen wir nicht nur die Technik, sondern auch die Juristen und die Philosophie dazu. Denn es stellen sich wichtige Fragen. 2004 forderte ich zusammen mit Exponenten der Wissenschaft erstmals, dass wir in Dübendorf einen Innovationspark eröffnen. Am 2. Dezember 2016 hat Regierungsrätin Carmen Walker Späh ihn eröffnet – ein grosses freies Gelände für die Zukunft.

3. Reflexion und Gelassenheit statt Alarmismus

Die Zukunft ist da, wir müssen sie nur beherzt anpacken. Schwarzmalerei sagen, 100'000 Stellen seien bedroht. Kinder, die heute geboren werden, werden in Jobs arbeiten, die es heute noch nicht gibt, und das macht dem einen oder anderen Angst. Doch solche Veränderungen haben schon immer stattgefunden. Zwischen 1820 und 1840 haben praktisch alle Handspinner und Weber ihr Einkommen und Brot verloren. Von 1880 bis 1920 gingen viele zehntausend Stellen in der Textilindustrie verloren. Zwischen 1980 und 2010 hat sich der Büroalltag vollkommen verändert. Wenn etwas konstant ist in der Wirtschaft, dann die Veränderung. Die Frage, die sich stellt, heisst nicht: Wie bewahre ich, was wir haben? Sie heisst: Wie beherrschen wir, was kommt? Und damit bin ich beim dritten Wunsch: mehr Nachdenken und Gelassenheit statt Alarmismus. Wer Alarm schlägt, möchte, dass die Feuerwehr ausrückt. Die Feuerwehr kann vielleicht Brände löschen, aber sie hinterlässt immer einen grossen Wasserschaden. Wir müssen nicht die Feuerwehr rufen, sondern wir brauchen Pioniere, wie sie die Schweiz im 19. Jahrhundert gross gemacht haben. Pioniere haben unser Vertrauen verdient.

Man kann sich nicht gegen den Fortschritt wehren – das gilt auch für die Globalisierung, die eine direkte Folge der Digitalisierung ist. In den letzten Jahrzehnten haben das Auto und der Zug unsere Welt geprägt. Nun sind es das Flugzeug und die Digitalisierung. Dank der Digitalisierung sind sämtliche Informationen weltweit vorhanden. Man kann den Vorlesungen von Universitäten über das Internet folgen, und diese Teilnehmer erzielen zum Teil die besseren Prüfungsergebnisse als die im Hörsaal. Facebook und Google sind weltweit vorhanden. Alle Menschen auf der Welt haben Zugang zu Informationen und können diese verwenden.

Globalisierung und Digitalisierung machen die Welt kleiner und Landesgrenzen weniger wichtig. Wer denkt, dass wir uns abschotten können, irrt. General Guisans Reduit im Zweiten Weltkrieg würde heute nicht mehr funktionieren. Abgeschnitten vom Ausland, würden weder das Telefon, noch Fernsehen und Zeitungen, noch die SBB und die Stromversorgung lange funktionieren. Denn alle diese Komponenten sind global eng vernetzt. Die Schweiz hat die digitale Souveränität in den letzten 30 Jahren komplett verloren. Ein Reduit ist nur in einer analogen Welt möglich.

In der digitalen und globalen Welt kann sich die Schweiz nicht abschotten. Stattdessen müssen wir unsere demokratischen Werte in die Globalisierung einbringen. Die Welt braucht unsere Werte, um eine Welt zu werden, die für die Menschen lebenswert ist.